



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 835 890

P/XIV/276 - 4. Dezember 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Der Minister ist "das Recht" Dr. Gerhard Schröder und "Das Parlament"	47
2	"... nur noch Narren ..." Bittere Erkenntnisse - harte Wahrheiten	43
3 - 4	Über die Hürde hinweg Die Finanzmaßnahmen der Regierung Erländer Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolf Hübner	67
5	Atomwaffenpool für die Westeuropäische Union ? Bonn unterstützt französische Atombombenpolitik	46
6	Beispielhafte Unfallverhütung in Niedersachsen Erstmalige Auszeichnungen im Kampf gegen den Unfallteufel	24
	Heilmaßnahmen vermindern Rentnerzahl	21

* * * * *
* * *

Der Minister ist "das Recht"

sp - Der Minister der Bundesrepublik für die inneren Angelegenheiten, Dr. Gerhard Schröder, hat ein Exempel statuiert: Das Recht setzt er, ist er selbst. Er hat damit ein praktisches Beispiel für den Geist geliefert, in dem in seinem Hause schon mehrere Entwürfe für ein neues Recht in Pressesachen erarbeitet wurden; sie sind, zum Glück für die Demokratie, bisher ausnahmslos wieder in den Papierkörben des Hauses verschwunden, wenn sie nicht in übervollen Schubladen auf den Tag warten, der einen den Plänen Schröders und der CDU günstigeren Start verheißt.

Das neueste Exempel, das der zur Wahrung verfassungsrechtlicher Grundsätze bestellte Bundesminister geliefert hat, entstand so: Die "Bundeszentrale für Heimatdienst" in Bonn, eine Behörde, die der Dienstaufsicht des Innenministers untersteht, gibt die Wochenschrift "Das Parlament" heraus. Die Aufgabe der Zeitschrift ist es, wichtige politische Vorgänge dokumentarisch darzulegen und mitzuteilen und dies zum Zwecke objektiver staatsbürgerlicher Information und Erziehung zu tun. Damit diese Aufgabe zur Zufriedenheit aller Seiten (Parteien, Richtungen, Schichten) getan werden kann, wurde der Redaktion, die nach journalistischer Gesetzlichkeit arbeitet, ein Beirat zugeordnet, der die Arbeit überwacht und die Redaktion berät und der paritätisch zusammengesetzt ist. Die Redaktion kann bei diesem Beirat Zuflucht finden, wenn sie des Rates oder der Hilfe bedarf.

Diese kluge und den Umständen nach zweckmäßige Struktur interessiert Herrn Dr. Schröder nicht. Jüngst ordnete er an, daß eine Rede, die er selbst zum höchstumstrittenen Thema "Notstandsrecht" gehalten hatte, im "Parlament" abgedruckt werde. Die Redaktion fügte sich dem Willen des Ministers (was auch wegen der Methode nicht unbedingt Beifall finden muß), verlangte aber, daß dann auch, um der objektiven Information willen, eine Rede mit gegenteiligen Argumenten zu veröffentlichen sei. Der Minister war schließlich damit einverstanden - aber welche gegnerische Argumentation neben der seinigen zu veröffentlichen sei, das bestimmte er. Auf keinen Fall wollte er die Gegengründe seines schärfsten Widersachers dulden, des SPD-Abgeordneten Dr. Walter Menzel. So befahl er, so setzte er sich durch.

Daß er das Recht einer Redaktion mißachtete, die ohne Souveränität ihrer Entscheidungen keine Chance zur Objektivität hat, kennzeichnet den Geist des Ministers und seines Hauses, das die Freiheit in Presse, Film und Funk schützen und mehren soll. Daß der Minister Beirat und Kuratorium der allen Bundesbürgern dienenden "Bundeszentrale" ohne Bedenken übergibt, ist ein sehr ernster Verstoß gegen das gesetzte Recht und die vereinbarte Ordnung. Ein amtierender Minister, bestellt zur Wahrung der Rechtsordnung in diesem Bereich, hat mit seiner autoritären Haltung in diesem Falle einen Beweis seiner rücksichtslosen Gesinnung und seiner egozentrischen politischen Praxis geliefert, der noch eingehender Bewertung im Parlament und durch die öffentliche Meinung bedarf, damit das Gleichgewicht und die demokratische Ordnung wiederhergestellt werden.

"... nur noch Narren ..."

sp - Man soll auch einen späten Gast freundlich begrüßen, heißt es in einem alten Sprichwort. Und wenn jemand zugibt, daß er jahrelang ein Narr war, dann soll man ihn loben. Mindestens die Erkenntnis, ein Narr gewesen zu sein, ist schon etwas wert.

Warum wir das sagen? Nun, weil der Herr Bundesaußenminister, Dr. Heinrich von Brentano, Donnerstagabend höchstpersönlich in der Bonner Universität erklärt hat, daß nur noch Narren an eine Politik der Stärke glaubten.

Seit dem Angebot Dr. Adenauers an die Westalliierten, Westdeutschland aufzurüsten, wird in der Bundesrepublik nach dem Motto der "Politik der Stärke" sogenannte Wiedervereinigungspolitik gemacht. Das ist so bekannt wie die Tatsache, daß die Erde naß wird, wenn es regnet. Wenn jetzt der Herr Bundesaußenminister meint, nur noch Narren glaubten an eine Politik der Stärke, dann muß er selbst jahrelang närrisch gewesen sein. Und nicht nur er, sondern auch sein Chef, der Herr Bundeskanzler, und die gesamte CDU/CSU. Sollte Herr von Brentano dies erkannt haben, dann gelten ihm alle unsere guten Wünsche für eine weitere Genesung. Denn: Man soll auch einen späten Gast freundlich begrüßen.

Lassen wir jedoch die Ironie. Der uns Deutschen sicher gewogene indische Ministerpräsident Nehru hat am gleichen Tage, da Herr von Brentano seine bisherige Politik charakterisierte, ein hartes Wort gesagt. Niemand sei wirklich für die Wiedervereinigung, auch nicht die Bundesregierung, "wenn sie darauf besteht, daß die beiden Teile Deutschlands nur zu den Bedingungen der Bundesrepublik vereinigt werden, da diese Bedingungen für andere beteiligte Mächte unannehmbar sind". Es würde sich lohnen, zu untersuchen, wie Nehru zu dieser Schlußfolgerung sicher nicht leichtfertig geäußelter Gedanken gelangte. Wahrscheinlich würde man dann zu hören bekommen, daß die Regierung der Bundesrepublik im Ausland eben für ihre "Politik der Stärke" bekannt ist, deren Resultat nicht die Eröffnung des Weges zur Wiedervereinigung, sondern die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und Europas ist. Und daraus wiederum ergibt sich die Schlußfolgerung, daß auf diesem Wege, trotz gegenteiliger Beteuerungen, die Wiedervereinigung als Ziel Nummer 1 der deutschen Politik nicht erreicht werden kann.

Wir haben jetzt gehört, daß nur noch Narren eine solche Politik für richtig halten. Wäre es unter diesen Umständen nicht besser, wenn diejenigen, die die Narretei begangen haben, von der Bühne abtreten würden? Der Gedanke daran ist jedoch eine Illusion. Die sich selbst als Narren Bezeichnenden bleiben am Werk; trotz ihrer in einer stillen Stunde der Erkenntnis geäußerten Bedenken gegenüber ihrer eigenen Politik.

Über die Hürde hinweg

R.H., Stockholm

Die vom schwedischen Reichstage in gemeinsamer Abstimmung beider Kammern mit knapper Mehrheit beschlossene vierprozentige Umsatzsteuer soll der Staatskasse jene Mittel zuführen, die auf dem Kapitalmarkt nur schwer aufzubringen gewesen wären. Die Steuer dürfte pro Jahr etwa 1400 Millionen Schwedenkronen einbringen. Die gleichzeitig beschlossene Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen, die Erhöhung des staatlichen Kinderbeitrages auf 450 Schwedenkronen pro Kind und Jahr und die Verwaltungskosten für die neue Steuer vermindern den Nettoertrag für die Staatskasse auf schätzungsweise knapp 1000 Millionen Schwedenkronen. Eine gleichzeitig vorgeschlagene Erhöhung der Energie- und Benzinsteuer, die etwa 225 Millionen eingebracht hätte, ist abgeschlagen worden.

Die Sozialdemokraten hatten seinerzeit, als sie ihr progressives Einkommensteuer-System verwirklichten, die Umsatzsteuer abgeschafft, da sie bei den damaligen großen Einkommensunterschieden die ärmsten Bevölkerungsschichten am härtesten traf. Seither sind in Schweden die Einkommen einander sehr weitgehend angeglichen worden. Durch eine weitere Differenzierung der Einkommensteuer-Sätze, die vermutlich nur die Steuermoral untergraben würde, könnte der Staat heutzutage kaum neue Mittel abschöpfen. Der soziale Effekt einer Umsatzsteuer unterscheidet sich daher gegenwärtig nur in geringer Maße von jenem einer Erhöhung der Einkommensteuer. Trotzdem wiesen weite Kreise der Arbeiterschaft, insbesondere die Gewerkschaften, eine Umsatzsteuer zunächst aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wenn schließlich doch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten für die Umsatzsteuer stimmten - wobei die Kommunisten als Zünglein an der Waage einen rechtsoppositionellen Abstimmungssieg durch Stimmenenthaltung verhinderten -, so geschah dies, weil die Regierung unbillige Härten für kinderreiche und ansonsten finanziell schwache Familien durch Stützungsmaßnahmen ausgleichen will.

Die drei nichtsozialistischen Parteien, welche die Umsatzsteuer - in striktem Gegensatz zu ihrer früheren Einstellung - ablehnten, hatten trotz wiederholter Bemühungen keine gemeinsame Alternative entwickeln

können. Die Oppositionsparteien befanden sich von vornherein in einer ungünstigen Lage, denn das Budgetdefizit ist ein Ergebnis von Beschlüssen, an denen alle Parteien mitgewirkt hatten. Insbesondere werden die Erhöhung der staatlichen Volkspension und die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit größerer Mittel beanspruchen. Daß in allen Zweigen der Staatsverwaltung rigoros gespart werden soll, ist ebenfalls eine Forderung aller Parteien. Die Regierung hatte hinsichtlich des Umsatzsteuergesetzes die Vertrauensfrage gestellt und war entschlossen, bei einer Ablehnung zu demissionieren. Den uneinigigen Oppositionsparteien wäre eine Regierungsbildung und eine andere Deckung des Budgetdefizites kaum gelungen. Die Stimmenenthaltung der Kommunisten hat daher nicht nur die Regierung gerettet, sondern auch die nichtsozialistischen Parteien vor einer schweren Blamage bewahrt.

Vergleicht man die Steuerbelastung in der Bundesrepublik mit jener in Schweden, so sollte man nicht übersehen, daß ein großer Teil jener Investitionen, die in Schweden vom Staate oder den Selbstverwaltungsorganen vorgenommen werden, in der Bundesrepublik von privaten Unternehmern durchgeführt werden. In beiden Fällen werden Anleihen auf dem Kapitalmarkte oder Bankgelder in Anspruch genommen. Soweit dies nicht der Fall ist, werden in Schweden solche Investitionen von der Bevölkerung in Form von Steuern bezahlt; in der Bundesrepublik investieren die Unternehmer aus ihren Gewinnen. Diese sind aber nichts anderes als eine private Besteuerung der Arbeiter und Angestellten durch zu niedrige Löhne bzw. der Verbraucher durch zu hohe Preise. Diese Art Privatsteuer, welche der Deutsche über die Lohnliste und die Einkaufstasche bezahlt, bereichert einzelne Unternehmer; was der Schwede an Steuern zahlt, wird zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Gemeinschaftseigentum.

Die Umsatzsteuer soll nicht nur helfen, die Budgetlücke zu schließen, sondern auch eventuelle Inflationstendenzen zurückzudrängen; ob dies gelingt, hängt sehr wesentlich von der Lohnentwicklung ab. Die Sozialpartner sind auf sehr zähe Auseinandersetzungen eingestellt, zumal auch die Unternehmerbeiträge zur neubeschlusseren Allgemeinen Dienstpension zur Diskussion stehen.

Atomwaffenpool für die Westeuropäische Union ?

sp - Die Pariser Tagung der Westeuropäischen Union hat mit einer unerfreulichen Auseinandersetzung geendet. Anlaß dazu war die Forderung des Verteidigungsausschusses der WEU, für die Länder der Westeuropäischen Union (Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik und die Beneluxstaaten) einen Atomwaffenpool einzurichten, aus dem die Armeen dieser Länder mit Atomwaffen ausgestattet werden sollen.

Dieser Forderung haben die deutschen sozialdemokratischen Mitglieder dieses Forums heftig widersprochen und sie als unvereinbar mit den Bemühungen gekennzeichnet, eine Entspannung herbeizuführen. Sie steht in klarem Widerspruch auch zu dem von der UNO wiederholt geäußerten Wunsch, die Zahl der Atommächte nicht zu erhöhen, um das Chaos zu vermeiden. Die britische Regierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Atomwaffen-Wünsche einiger rüstungswütiger Parlamentarier in der Westeuropäischen Union denn auch verlauten lassen, daß sie nicht daran denke, den Plan der Bildung eines Atomwaffenpools zu unterstützen. Die Ausstattung mit Atomwaffen für die Armeen der WEU würde auch für andere Mächtegruppierungen Anreiz sein, das gleiche zu tun, und was dann aus der Abrüstung würde, läßt sich leicht vorstellen: Sie müßte auf den Nimmerleinstag verschoben werden, der Alpdruck der Kriegsfurcht bliebe bestehen, und damit auch der Rüstungswettlauf mit seinen verheerenden Folgen für die materiellen und moralischen Energien der davon betroffenen Völker.

Man weiß, wo die Befürworter dieses Planes zu suchen sind, sie stehen hinter der derzeitigen französischen Regierung. Außenminister von Brentano, alarmiert durch die Unruhe, die diese Forderung nach einem Atomwaffenpool für die WEU in der britischen Öffentlichkeit ausgelöst hat, beeilte sich mit der Versicherung, daß eine solche Empfehlung nicht im Widerspruch zu dem Brüsseler Vertrag mit seinem freiwilligen deutschen Produktionsverzicht stehen würde. Mit anderen Worten, Atomwaffen sollen in der Bundesrepublik zwar nicht produziert werden, - wahrscheinlich mit Rücksicht auf die psychologische Zerreißprobe, die eine deutsche Atombomben-Produktion dem ohnehin erschütterten Gefüge der NATO aussetzen würde - aber er hätte wohl nichts gegen die Lieferung von Atomwaffen an die Bundeswehr, und schon gar nichts gegen eine deutsche finanzielle Beteiligung am Atomwaffenpool.

Die schillernde Zwielfichtigkeit in einer Frage von Tod und Leben dürfte die deutsche Verhandlungsposition in den bevorstehenden schweren Monaten nicht gerade stärken, ja, sie könnte uns in einen Gegensatz zu der derzeitigen amerikanischen Politik bringen, die heute offensichtlich darauf aus ist, mit der Sowjetunion ein Arrangement in den Fragen der Abrüstung zu finden. Die Freundschaft de Gaulles ist wirklich kein Ersatz für den Vertrauensschwund, den wir in anderen Ländern durch die Unterstützung der französischen Atombombenpolitik erleiden.

Beispielhafte Unfallverhütung in Niedersachsen

E.P. - Zum ersten Mal in der Geschichte des Unfallverhütungswesens wurden vor kurzem in einer Feierstunde im niedersächsischen Hüttenwerk Salzgitter acht Unfallvertrauensmänner für ihre vorbildliche Mitarbeit in der Unfallverhütung von der nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft geehrt und mit Urkunden und Anstecknadeln ausgezeichnet.

Die acht Vertrauensmänner, die ihr verantwortungsvolles Amt ehrenamtlich ausüben, haben sich im Kampf gegen den Unfallteufel durch besondere Aktivität hervor getan und vorbildliche Arbeit in der Erkennung und Beseitigung von Unfallgefahren sowie der ständigen Erziehung ihrer Kollegen zu unfallsicherer Arbeit geleistet. In gemeinsamen Wirken mit dem Betriebsleiter und dem Sicherheitsingenieur war es ihnen gelungen, die Unfallquote ständig zu senken und die Unfallschwere herabzusetzen. Der erzielte Erfolg ist in dem niedersächsischen Industriezentrum umso höher zu bewerten, weil viele neue Anlagen in Betrieb genommen wurden und große Teile der Belegschaft aus hüttenfremden Arbeitskräften aufgebaut werden mußten.

In dem Hüttenzentrum, das nach modernsten Gesichtspunkten aufgebaut wurde, wird der Kampf gegen den Unfallteufel ganz groß geschrieben. Arbeitsdirektoriat, Werkspsychologe, werksärztlicher Gesundheitsdienst und Betriebsräte arbeiten hier Hand in Hand, wobei es ihnen in den vergangenen Jahren nicht allein um praktische Schutzmittel ging. Vorbildlich entwickelt wurde vor allem der rein "menschliche Unfallschutz", der die rein physische Verfassung beeinflusst.

+ + +

Heilmaßnahmen vermindern Rentnerzahl

C.H. - Seit der 1950 begonnenen Intensivierung ihrer Heilmaßnahmen können die Träger der sozialen Rentenversicherung feststellen, daß der Anteil der "Krankheitsrenten" gegenüber den Altersruhegeldern ständig abnimmt. In zwei Schriften der Direktoren Kraft und Lützenbeck von der Landesversicherungsanstalt Hessen werden jetzt erstmals von einem Rentenversicherungsträger entsprechende Zahlen veröffentlicht, die symptomatisch für das Bundesgebiet sein dürften.

Die Laufzeit der Renten ist von durchschnittlich 11,6 Jahren (1948) auf 12,2 (1957) gestiegen; die Zahl der 90- und mehrjährigen Rentner hat sich im Bereich der LVA Hessen von 670 im Jahre 1956 auf 870 im Jahre 1958 erhöht. Das durchschnittliche Renten-Zugangsalter betrug 58,1 Jahre bei Männern und 57,0 bei Frauen im Jahre 1953 und 61,9 bzw. 60,8 im Jahre 1958. Der prozentuale Anteil der wegen Tuberkulose gewährten Renten - bezogen auf die Gesamtzahl - ging von 1955 bis 1958 von 8,68 v.H. auf 3,98 v.H. zurück. 1988 gebesserten Fällen bei Entlassung aus einer Heilstätte stehen nur 256 ungebesserte und 22 verschlechterte gegenüber. Die Todesfälle lagen bei 0,48 v.H.

Die Zahlen widerlegen die Behauptung des "Professorengutachtens zur Rentenreform", daß der Rentenwegfall fast ausschließlich durch den Tod verursacht wird und daß die deutschen Rentenversicherungsträger durch keinerlei wesentliche Maßnahmen den Rentenbestand beeinflussen können.

+ - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel